D-08

Zusammen für die Rettung unserer Kultur

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

47. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
DIGITAL - 28. - 29. Januar 2022

Antragsteller*in:	Rike van Kleef (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)
Tagesordnungspunkt:	D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Unsere Kultur- und Kreativwirtschaft ist durch die Pandemie schwer getroffen. Die Lage drängt und wir sehen eine Pleite-Welle auf uns zukommen. Die Folgen der Pandemie werden auch in kommenden Jahren nachwirken. Gleichzeitig fließen die bereitgestellten Fördermittel nur unzureichend ab.

Wir müssen sofort handeln.

Wir fordern daher Regierungsvertreter*innen und Parlamentarier*innen auf:

- sofort barrierearme Fördermittel / Hilfen, mindestens für das Jahr 2022, zur Verfügung zu stellen,
- die Wirtschaftlichkeitshilfe im Sonderfonds für Kulturveranstaltungen bis zum 31.12.2022 zu verlängern,
- eine bundesweite Beratungsstelle für alle Kulturschaffenden zu schaffen,
- freiwillige (Prognose-)Absagen / Einschränkungen weiter zu unterstützen, auch bei weniger als 2000 Teilnehmer*innen,
- bundesweit einheitliche Regelungen für Produktionen und Durchführungen zu beschließen,
  unter Einbindung von Veranstalter*innen, Kultur- und Kreativschaffenden,
- die Fortführung des Kurzarbeiter*innengeldes sicherzustellen,
- branchenspezifische Programme analog „Neustart Kultur“ mindestens für 2023 bereitzustellen,
- und eine Resilienzförderung zum Strukturerhalt (z.B. Freie Szene, Soziokultur, strukturschwache Räume, ...) zu schaffen.

Nur durch sofortige, proaktive Gestaltung kann die Pluralität unserer Kulturlandschaft geschützt werden.

Darüber hinaus müssen in der Kommunikation größere Anstrengungen unternommen werden. Die Hürden der vergangenen Programme waren zu hoch, um sie angemessen in Anspruch nehmen zu können.

Begründung der Dringlichkeit

Es herrscht große Verunsicherung bei Veranstalter*innen, Kultur- und Kreativschaffenden über den ggf. Ausbleib von weiteren Fördermittel und Hilfen. **Aktuelle Programme, wie bspw. die Wirtschaftlichkeitshilfe des Sonderfonds und die geltenden Kurzarbeiter*innen-Regelungen laufen im Februar / März aus.**Veranstalter*innen, Kulturschaffende, Institutionen brauchen aber längere Vorlaufzeit als zwei Monate und Rücklagen sind bei vielen aufgebraucht. Eine Rückkehr zum Normalzustand ist, auch dank Omikron, nicht bald zu erwarten.

Die Probleme sind vielschichtig:

Wir haben in der Pandemie gelernt, dass warme, „open-air“ Monate unfassbar wichtig sind, weil sie die meisten Möglichkeiten bieten. Ganze Sektoren, z.B. Festivals, finden im Sommer statt, haben aber auch Planungsvorläufe von bis zu 2 Jahren. Es fehlen vorausschauende, einheitliche Regelungen, auf die sich Veranstalter*innen, Kultur- und Kreativschaffende verlassen können. Nicht nur finanzielle **Planungssicherheit** durch z.B. durch Ausfallfinanzierung muss gewährleistet werden. Auch Aussagen zur Realisierbarkeit von Veranstaltungen müssen getroffen werden, differenziert nach Größe, Spielstätte, Indoor/Outdoor, bestuhlt/ stehend) usw. als Rahmen für situationsangepasste Regulierung.

Kulturschaffende und Veranstalter*innen stehen jetzt am absoluten Rand, sind verzweifelt und/ oder haben bereits aufgegeben. **Fachkräftemangel durch Abwanderung und Pleiten** bedroht ganze Branchenzweige, vom Film bis zu Clubs.

Viele verhalten sich in den Pandemiewellen verantwortungsbewusst und sagen lieber ab bzw. verschieben – können es sich aber schlicht nicht leisten – und kommen dadurch in große **moralische Konflikte**.

Es ist aktuell vielen Ensembles **nicht möglich, zu proben, aufzutreten oder zu produzieren**.

Es muss auch anerkannt werden, dass **niedrige Vorverkaufszahlen** wenig bis gar nicht in den Händen von Veranstalter*innen liegen, sondern schlechte Kommunikation, fehlende Einbindung von Veranstalter*innen und fehlende Planungssicherheiten hier mit reinspielen. Hierfür dürfen Kulturschaffende und Veranstalter*innen nicht, durch die Kopplung von Hilfen an Ticketverkäufe, bestraft werden.

Es wurde viel versäumt in den letzten Jahren. **Viele Kultur- und Kreativschaffende sind am Ende ihrer Kräfte und es wird noch eine ganze Weile dauern, bis sich die zweitgrößte Branche des Landes wieder erholt.** Trotz oder sogar wegen der besonders prekären Bedingungen. Wenn wir am Ende dieser Pandemie noch auf eine pluralistische, diverse, unabhängige Kulturlandschaft blicken wollen, auf der unsere Gesellschaft beruht und auf die Deutschland sonst so stolz ist, dann müssen wir **jetzt handeln und Planungssicherheit schaffen**! Darüber hinaus müssen die Maßnahmen gut verständlich kommuniziert werden, damit sie auch genutzt werden. Das kann auch verloren gegangenes Vertrauen in die Politik wieder aufbauen.

Nach den falschen Versprechungen der letzten Regierung, empfänden wir es als fatales Signal jetzt Hilfen auslaufen zu lassen ohne neue, langfristige Unterstützungsmöglichkeiten in Aussicht zu stellen.

Es ist uns bewusst, dass wir kurzfristig die Fehlentscheidungen anderer Parteien übernehmen mussten, aber ein Antrag in dem sich Bündnis 90/Die Grünen klar und öffentlichkeitswirksam an die Seite von Kultur- und Kreativschaffenden stellt ist ein wichtiges, dringend notwendiges Signal. Viele Kulturschaffende, inner- und außerparteilich, fühlen sich im Stich gelassen und haben sukzessive ihren Glauben an Politik verloren. Effiziente Hilfen und Planungssicherheit sind unerlässlich für den nachhaltigen Wiederaufbau der Kulturbranche und stünde der Partei, dem BKM und dem Wirtschaftsministerium gut zu Gesicht.

Begründung

Weitere Informationen:

https://www.sonderfonds-kulturveranstaltungen.de/index.html

https://www.br.de/nachrichten/bayern/corona-regeln-kulturschaffende-veraergert-ueber-staatsregierung,SulJqoZ

https://www.arbeitsagentur.de/m/corona-kurzarbeit/

weitere Antragsteller*innen

Notker Schweikhardt (KV Berlin-Kreisfrei); Anke Dörsam (KV Berlin-Mitte); Franziska Zeiner (KV Berlin-Neukölln); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Katinka Wellnitz (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); René Gögge (KV Hamburg-Nord); Christoph Stolzenberger (KV Heinsberg); Marcel Bulawa (KV Hamburg-Nord); Lena Krause (KV Wolfenbüttel); Brigitta von Bülow (KV Köln); Jens Peter Mysliwietz (KV Bremen LdW); Jutta Kodrzynski (KV Hamburg-Mitte); Antje Westhues (KV Bochum); Samuel Olbermann (KV Düsseldorf); Rainer Bode (KV Münster); Stefanie Wolpert (KV Hamburg-Altona); Markus Papenberg (KV Münster); sowie 102 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.